

KLARTEXT

Sozialistische Monatszeitung für
Rostock und den Landkreis Rostock

Die Linke

Nr. 297 – 34. Jahrgang
MÄRZ 2026

Spendenbeitrag 50 Cent

DIE LANDESLISTE STEHT

Im September will Die Linke gestärkt in den Landtag einziehen. Auf der Landesvertreterversammlung am 14.3. in Rostock zeichnete sich ab, wer künftig in der Fraktion mitarbeiten wird. Die Landesliste wurde aufgestellt.

Unsere Oberbürgermeisterin begrüßte die Delegierten in der Stadthalle. Sie sprach von der großen Aufgabe, den Menschen den Glauben an die Demokratiepraxis zurückzugeben, also an die Fähigkeit von Politik, Lösungen im Alltag zu finden. Sie dankte allen Kandidierenden, die in diesen schweren Zeiten ihre Bereitschaft zur Kandidatur erklärten.

Nicht mehr kandidieren wollten die Mitglieder des Landtages Elke-Annette Schmidt und Henning Foerster. Ihnen wurde herzlich gedankt. Eher unfreiwillig gehen müssen die MdL Dirk Bruhn und Daniel Trepsdorf, eng wird es für die Fraktionsvorsit-

zende Jeannine Rösler (Listenplatz 11) und für Steffi Pulz-Debler (12).

Die Konkurrenz für die ersten 12 Plätze war aber auch richtig hart. Die Delegierten folgten schließlich dem Listenvorschlag des Landesausschusses.

Unumstritten war die Spitzenkandidatur Simone Oldenburgs. Dass ihre Großeltern gegen die Nazis gekämpft hätten, sei für sie der wichtigste Grund gewesen, in die Linke einzutreten. Wir sollten es nicht zulassen, dass sich der schrecklichste Teil unserer Geschichte wiederhole, sagte sie mit Blick auf die AfD. Dafür

habe sie als Bildungsministerin die politische Bildung an den Schulen deutlich gestärkt. Sie kämpfe zudem für die Anerken-

nung unserer ostdeutschen Identität und gegen den Sozialkahlschlag „Friedrich des Ungehobelten“ und des „bayerischen Klugscheißers“. Authentisch, bodenständig und geschlossen wünsche sie sich Die Linke; alle schwierigen Situationen in den vergangenen Jahren habe man durch Gespräche überwinden können und das Leben für viele Menschen im Land besser gemacht, zuletzt durch einen kostenfreien Ferienhort für Kinder mit Behinderung. Dietmar Bartsch appellierte an die „Schwankenden“ unter den Delegierten, Simone ihre Stimme zu geben. Das Wahler-

gebnis von knapp 70% zeigte aber, dass sie im Landesverband nicht unumstritten ist.

Fortsetzung auf S. 3



◀ LINKE MV FORDERT PREISDECKEL UND ÜBERGEWINNSTEUER BEI SPRITPREISEN

Angesichts der steigenden Spritpreise an den Tankstellen im Land erklärt die Spitzenkandidatin der Linken in Mecklenburg-Vorpommern, Simone Oldenburg: „Es ist ungeheuerlich, wie die Mineralölkonzerne derzeit die Preise an den Tankstellen immer weiter in die Höhe treiben. Spekulation und ein unstillbarer Profitdurst sind die eigentlichen Treiber der täglichen Verzweiflung an der Zapfsäule. Die Bundesregierung darf nicht länger zögern – sie muss jetzt handeln.“

Es braucht eine wirksame Kontrolle durch das Bundeskartellamt sowie eine **Übergewinnsteuer**. Auch ein **Preisdeckel** oder zumindest ein klarer Eingriff in die Preisgestaltung sind jetzt notwendig. Es kann nicht sein, dass vor allem Menschen mit wenig Geld unter dieser unerträglichen Situation leiden. Mecklenburg-Vorpommern ist das **Land der Pendler und Pendlerin-**

nen. Auf sie kommen jetzt zum Beispiel auf der Strecke Rostock-Schwerin Mehrkosten von **30€ pro Woche** durch die Preissteigerungen zu. Auf ihrem Rücken wird die Profitgier ausgetragen. Das muss umgehend ein Ende haben. Deshalb muss braucht es einen **Benzinpreisdeckel – jetzt.**“

Unmittelbar nach Beginn des Krieges im Iran wurden die Preise drastisch erhöht – obwohl der Kraftstoff in den Lagern deutlich günstiger eingekauft wurde. Offensichtliche Absprachen und die Spekulation darauf, dass die Bundesregierung die steigenden Preise – wie einst mit dem Tankrabatt – ausgleichen würde, haben in den Konzernzentralen die Korken knallen lassen. Die Bundesregierung darf das nicht hinnehmen. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dürfen nicht erneut für die **Milliardenprofite** der Mineralölkonzerne aufkommen.



In dieser
Ausgabe

Seite 2: Hus Uhlenflucht
Seiten 3/4: Listenaufstellung
Seiten 4/5: Bürgerschaft

Seiten 6: Aus der Fraktion
Seite 7: Veranstaltungen
Seite 8: Social-Media-Verbote

Liebe Leserinnen und Leser,
neulich drückten wir noch die Daumen, dass wir 2026 ohne allzu viele böse Überraschungen überstehen. Okay, das war naiv. Entschuldigung! Es gibt einen neuen Krieg, die sozialen Verteilungskämpfe werden dank der ökonomischen Folgen noch härter, und der Kulturkampf von Rechts erreicht ein neues Niveau, wie die Debatte über den Buchhandelspreis jüngst belegte. Gibt es Hoffnung? Vielleicht.

Am 14.3. Todestag von Karl Marx stellte Die Linke ihre Landesliste für die Wahl im

September auf. Die Stimmung war famos – und das war nicht immer so bei solchen Gelegenheiten. Selbst die Medien mussten anerkennen, dass in dieser Partei wieder sehr viel Leben steckt. Mit diesen Kandidat*innen und Kandidaten wird es einen vielversprechenden Wahlkampf geben.

Es gibt also Grund für Optimismus. Lasst den Kopf nicht hängen!

Viel Vergnügen bei der Lektüre dieser Ausgabe wünscht Euch die Redaktion.

Carsten Penzlin



„Bürger-Euro für Bürgerbauten“ – ein Motto für unsere Zeit

Am 18. Februar wurde die Vortragsreihe „Zeugnisse der Arbeiterbewegung und ihrer Kultur in Rostock“ mit Dr. Eckart Schörle als Referenten fortgesetzt. Sein Vortrag lautete „Hus Uhlenflucht – Wanderquartier der Rostocker Naturfreunde 1921 – 1933“. Im vollbesetzten Veranstaltungsraum des AWO-Clubs Südstadt eröffnete sich der Blick auf ein Kapitel der Geschichte, das 1933 durch die Nazi-Herrschaft gewaltsam beendet wurde und über das im wahren Sinne des Wortes Gras zu wachsen droht. Der Vortrag veranschaulichte die Leidenschaft und Hingabe, mit der die Naturfreunde nach ihrer Tagesarbeit und an den kurzen Wochenenden solidarisch für die Gemeinschaft wirkten. Auch bei der Errichtung des Wanderquartiers galt das Motto „Arbeitergroschen für Arbeiterbauten“. erinnert wurde dabei an den damaligen Leiter der Naturfreunde in Mecklenburg, Hans Bernitt. Zur Freude der Versammelten nahm an der Veranstaltung sein Enkel Norbert Bernitt teil. Er hatte Text und Notenmaterial eines Liedes bereitgestellt, das den Erbauern von Hus Uhlenflucht gewidmet war. Die dadurch ermöglichte Interpretation des Liedes wurde mit freundlichem Beifall quittiert.

In der Aussprache stellte sich die Frage, was wir aus den übermittelten Erfahrungen für ein gemeinschaftliches Engagement in der Gegenwart übernehmen können. Kann eine Schlußfolgerung das Motto „Bürger-Euro für Bürgerbauten“ sein? Zur Vertiefung dieses Gedankens eignet sich der nächste Vortrag in dieser Reihe mit dem Dipl. Museologen Ronald Piechulek über die bürgerliche Rostocker Gesellschaft „Societät“ im 18. und 19. Jahrhundert, am 18. März, 17.30 Uhr im AWO Club Südstadt.

*Für die Initiative „Volkshaus Rostock“
Klaus Röber*



Hus Uhlenflucht um 1930

AKTUELLES

Drohende Kürzungen auf dem Rücken von Familien – Sanktionen sind falsches Signal

Zu der im Bundestag erfolgten Abstimmung über die Reform des Bürgergelds sagt die Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion, Jeannine Rösler:

„Der Deutsche Bundestag hat über die Abschaffung des Bürgergelds und die Einführung einer ‚Grundsicherung‘ mit deutlich verschärften Sanktionen entschieden. Dieser Schritt ist ein falsches Signal für soziale Gerechtigkeit. Anstatt Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, gezielter zu fördern und ihnen nachhaltige Perspektiven zu eröffnen, setzt die Koalition im Bund auf Kontrolle, Druck und Bestrafung. Unter einer Merz-Regierung ist dies leider nicht verwunderlich.

Besonders kritisch sehen wir, dass mit den geplanten Sanktionen nicht nur die direkt Betroffenen leiden, sondern auch ihre Familien und insbesondere Kinder. Jede Kürzung bei den Eltern wirkt sich unmittelbar

auf den Alltag von Kindern und Jugendlichen aus. Bildung, Teilhabe und soziale Sicherheit geraten dadurch massiv unter Druck.

Die angekündigte ‚Förderung‘ tritt hinter strikte Mitwirkungspflichten und Leistungszug zurück. Wer bereits in prekären Lebenslagen steckt, wird durch solche Maßnahmen weiter belastet und droht, in völlige Resignation zu rutschen, statt echte, wirksame Hilfen zu erhalten. Die Reform verkennt zudem, wo die wahren sozialen Ungleichheiten liegen: Nicht bei den Leistungsbeziehenden, sondern in der skandalös ungleichen Vermögensverteilung und der rasant wachsenden Kluft zwischen arm und reich.

Als Linksfraktion setzen wir uns weiterhin klar dafür ein, dass soziale Sicherheit kein Kürzungs- oder Druckinstrument ist. Es braucht verlässliche, echte Förderung, gute Bildung und Qualifizierung – faire Chancen für alle. Es ist unsere Aufgabe, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und nicht, Menschen in Armut zu drängen, während die eigentlichen Ursachen von Ungleichheit unangetastet bleiben.“

BERICHT VON DER LANDESVERTRETERVERSAMMLUNG

Fortsetzung von Seite 1

Für Platz 2 kandidierte Hennis Herbst, der seit anderthalb Jahren den Landesverband sehr gut anführt. Auch er griff die AfD an, deren Vetternwirtschaft und Menschenfeindlichkeit wir uns entgegenstellen sollten. Der CDU warf er vor, die Brandmauer zur AfD in den Kommunen niedrigergerissen zu haben. Aber auch die SPD bekam ihr Fett weg, sie sei keine Arbeiterpartei mehr – Die Linke in der Koalition hingegen als Kümmererpartei ein starkes linkes Korrektiv. Hennis sieht bezahlbares Wohnen als seinen Schwerpunkt, sichergestellt durch einen Mietendeckel in den Kommunen und die Förderung sozialen Wohnungsbaus. 85 der 114 Delegierten gaben dem Greifswalder ihre Stimme.

Die Ministerin für Justiz und Gleichstellung Jacqueline Bernhardt wird Platz 3 auf der Landesliste einnehmen. 77 Ja-Stimmen bekam Jaqueline von den Delegierten. Gleichstellung und Antidiskriminierung sind ihre Kernthemen in einer Zeit, in der Antifeminismus immer stärker werde. Sie setzt sich für die Opfer häuslicher Gewalt ein und konnte z.B. das Frauenschutzhaus in Güstrow retten, worauf Karen Larisch hinwies. Ein weiterer Schwerpunkt auch für Jacqueline sind bezahlbare Mieten. Hier habe man aus der Landesregierung heraus Druck auf den Bund gemacht und einiges erreicht, z.B. die Begrenzung von Indexmieten.



Platz 4 (80 Ja-Stimmen) sicherte sich Christian Albrecht. Der Jugendkandidat von 2021 zog Bilanz: Zivilklausel für die Hochschulen, Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetz, Herabsetzung des Wahlalters, gute Vernetzung, klare Haltung beim Thema Frieden. Noch nie sei eine starke Linke so

wichtig gewesen wie jetzt, eine Partei, die für eine gerechte, friedliche und sozialistische Gesellschaft kämpfe. Gut und erfolgreich habe man regiert, fast geräuschlos statt mit Streit. Die Bewahrung des Status Quo reiche aber nicht. Die SPD sei ohne Agenda, Die Linke müsse künftig ihre Themen setzen, ob aus der Regierung oder Opposition heraus.

Auf Platz 5 dann Wenke Brüdgam, die ehemalige Gleichstellungsbeauftragte des Landes. Sie warnte vor Rückschlägen in der Gleichstellung, die keine Nebensache oder Symbolpolitik, sondern das Fundament einer demokratischen Gesellschaft sei. Sie wies darauf hin, dass gerade auch engagierte Frauen immer stärker das Ziel von Hass seien. Umso dankbarer sei sie für die Solidarität, die sie nach ihrem Rücktritt aus der Partei heraus erfahren habe. Das zeigte sich auch im Wahlergebnis (94 Ja-Stimmen) und tosendem Applaus.

Den gab es auch für Michael Noetzel, den Rostocker, der für den Landkreis Rostock antritt. Er sieht nur in der Linken die ehrliche Antwort auf die AfD, deren Verbot geprüft werden müsse. Der Fachanwalt für Strafrecht ist seit Jahren im NSU-Untersuchungsausschuss aktiv, als rechts- und innenpolitischer Sprecher der Fraktion konnte

er Tendenzen zur Überwachung in der Gesetzgebung abschwächen und die Kontrolle des Verfassungsschutzes stärken. Mit seinem Team betreibt er unermüdlich und erfolgreich Öffentlichkeitsarbeit in Sachen Antifaschismus, Michael steht für das gemeinsame Agieren von Antifaschist*innen inner- und außerhalb des Parlamentes. 104 Ja-Stimmen gab es hierfür von den Delegierten, das beste Ergebnis des Tages. Wie in der Satzung vorgesehen, wurde eine Jugendkandidatin gewählt, die vom Jugendverband vorgeschlagen worden war. Sophie Tieding aus Greifswald überzeugte die Delegierten. Die 25-jährige ist seit 10 Jahren politisch aktiv, setzt sich aus eigener Betroffenheit für Inklusion ein und versprach einen landesweiten Jugendwahlkampf.

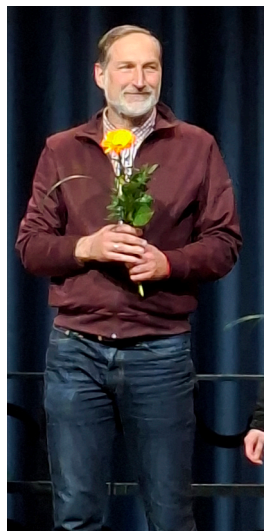
Einen „alten Hasen“ finden wir mit Torsten Koplín auf Platz 8 (91 Ja-Stimmen). Seit vielen Jahren ist der engagierte Sozial- und Gesundheitspolitiker eine Konstante in der

Fraktion, versuchte aber auch immer wieder als friedenspolitischer Sprecher eigene Akzente zu setzen. Die Linke sei die einzige parlamentarische Kraft gegen Aufrüstung und Wehrpflicht, auch an der Seite der Schüler*innen. Er betonte den Zusammenhang zwischen Militarisierung und Sozialabbau bzw. „sozialer Disziplinierung“. An Torstens Engagement und Kompetenz gibt es keine Zweifel, aber im Vorfeld Debatten darüber, ob er nach 28 Jahren im Landtag noch einmal kandidieren solle. Politik als Beruf ist nicht für jeden ein linkes Ideal.

Nurgül Senli aus Rostock könnte die erste migrantische Frau im Landtag werden. In einer Kampfkandidatur um Platz 9 setzte sie sich gegen die Abgeordnete Steffi Pulz-

Debler durch (74 zu 40 Stimmen). Nurgül sprach in der Bewerbungsrede über ihre biografische Prägung durch Gewalt und Diskriminierung gegen Migranten. Früh sei sie politisiert worden, denn wer sich organisiere, habe eine Stimme. Als Gewerkschaftssekretärin bei der EVG verfüge sie über Erfahrungen in Klassenpolitik, sie kämpft für eine Vermögensteuer, gegen Armut und schlechte Arbeitsbedingungen. Der Acht-Stunden-Tag dürfe nicht angegriffen werden. Auf der Straße, in den Betrieben und Parlamenten müsse der Widerstand gegen Sozialabbau organisiert werden. Auch für sie ist Friedenspolitik ein Herzensanliegen: Die Kriege in der Welt seien nicht unsere Kriege; unsere Kinder sollten nicht für die Interessen der Konzerne in den Tod geschickt werden.

Fortsetzung auf S. 4



◀ WAHLKAMPF

BERICHT VON DER LANDESVERTRETERVERSAMMLUNG

Fortsetzung von S. 3

Julia Wenzel aus Rostock kandidierte erfolgreich für Platz 14. Seit Jahren ist sie beruflich in der Sozialarbeit für die Stadt aktiv. Für ihre Berufsgruppe möchte sie eine starke Stimme im Landtag sein. Die Arbeit habe ihr gezeigt, wo das jetzige System versage. Wohnen als Menschenrecht müsse wieder in den politischen Fokus gerückt werden. Seit Januar arbeitet sie als Quartiersmanagerin in Lichtenhagen. Dort setze sie sich dafür ein, dass nicht über die Köpfe der Menschen hinweg entschieden werde, sondern mit ihnen.

Auf Platz 19 finden wir die leidenschaftliche Gewerkschafterin Jutta Reinders, die sich leider nicht persönlich vorstellen konnte. Sandro Smolka übernahm das für die „Grand Dame der linken Bürgerschaftsfraktion“. Später wurde über die verbliebenen Listenplätze im Block abgestimmt, so dass auch der Lütten Kleiner Michael Schneider einen Platz auf der Liste fand, nämlich den 23.

Wie immer gab es auch Un-

zufriedenheit mit dem regionalen Proporz und der Vertretung bestimmter Themen auf den aussichtsreichen Listenplätzen. Konsequenterweise fühlte die LAG Ökologische Plattform den Kandidierenden auf den Zahn. Doch einen profilierten Umwelt-/Klimapolitiker wird es auch in der künftigen Fraktion nicht geben. Die Frage, ob wir auf die linken Hochburgen Rostock und Greifswald setzen oder den schwierigen weiten ländlichen Raum „beackern“, wurde zu Gunsten der Städte beantwortet. Für eine 10-Prozent-Partei sicherlich eine nachvollziehbare Entscheidung, die vorhandenen Ressourcen möglichst effizient zu bündeln – aber in dem Bewusstsein, dass auf dem flachen Land die AfD leider erfolgreich in die Lücke stößt, die durch die schwache Präsenz aller demokratischen Parteien entsteht. Zum Teil kann hier das neue breite gesellschaftliche Bündnis „Zusammenbewegen“, das aus unzähligen Initiativen und Einzelpersonen be-



steht, Abhilfe schaffen. Ihr Anspruch: „Als landesweites Netzwerk bündeln wir unsere Kräfte, um sichtbare Veränderungen anzustoßen. Wir schaffen Räume für Begegnung und fördern echte Gemeinschaft. Dieses Gemeinschaftserleben bildet die Grundlage der Kampagne: Wenn man sich vor Ort kennt und wertschätzt, schafft das die Möglichkeit für gegenseitige Unterstützung, und ermöglicht, mit den eigenen Sorgen im demokratischen Prozess gehört zu werden.“ (www.zusammenbewegen.org) Wie geht es weiter? Am 25./26.4. wird eine Friedenskonferenz in Rostock stattfinden. Am 30.5. wird auf einem Landesparteitag über das Wahlprogramm abgestimmt. Vom 2. bis 3.5. findet ein landesweites Wahlkampfseminar statt; vom 24. bis 26.8. tourt Heidi Reichinnek durch M-V, für Rostock soll eine Strandparty mit ihr geplant sein. Am 19.9. wird in Rostock der Wahlkampfabschluss stattfinden. Auf 3500 Mitglieder ist der Landesverband der Linken angewachsen. 25 von ihnen nahmen jüngst an einer Videokonferenz teil, auf der vom Landesvorstand über die Wahlkampfplanungen informiert wurde. Fragen und Anregungen gab es keine, nach 30 Minuten war Schluss. Alles klar also.

Berichterstatte: Carsten Penzlin

◀ AUS DER BÜRGERSCHAFT

BÜRGERSCHAFTSSITZUNG VOM 4. MÄRZ

Zu Beginn der Sitzung wehte ein Hauch von Stalinismus durch den Saal, als die SPD den Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses abwählen ließ. Der Genosse hatte die Politik der SPD-Fraktion, mit einem Personalkahlschlag den städtischen Haushalt zu sanieren, wohl kritisch gesehen. Wenn jemand in der SPD sein Gewissen entdeckt, kann er eigentlich nur austreten, denn bewegen kann er eh nichts. Die Bürgerschaft hielt sich an das ungeschriebene Gesetz, die Personalentscheidungen einer Fraktion zu akzeptieren, und stimmte der Abwahl zu. Sozialsenator Steffen Bockhahn dankte dem Abgewählten aber für seine fachlich hervorragende Arbeit.

CDU und FDP legten sich sodann wieder einmal kräftig ins Zeug, um den Rostocker Autofahrern ihr Schicksal zu erleichtern. Kein pauschales Tempo 30 auf Hauptverkehrsstraßen lautete die Forderung an

die Stadtverwaltung. Und Ihr ahnt es sofort: Niemand hat in Rostock die Absicht, pauschal Tempo 30 anzuordnen. Der Pappkamerad wurde dann auch schnell abgeräumt. Christian Albrecht wies darauf hin, dass die Verwaltung im Einzelfall nach fachlichen Gesichtspunkten entscheidet und die Anordnung von Tempo 30 gesetzlich an enge Vorgaben geknüpft ist. Antrag abgelehnt.

Die CDU hasst uns sehr und lehnt eine Zusammenarbeit mit den „Linksradikalen“ natürlich strikt ab. Na gut, ab und zu und gar nicht so selten, gibt es dann doch gemeinsame Anträge. So geschehen auch am 4. März in Sachen Erweiterung des EEW-Betriebs auf Teile der Swienschuhlen, ein Wald in der Nähe des Seehafens. EEW produziert Gründungspfähle für Offshore-Windkraftanlagen, ist in Rostock aber kaum bekannt, obwohl das Unternehmen

ein enorm wichtiger Arbeitgeber, Investor und Steuerzahler in der Stadt ist. Der Antrag fordert die Stadt auf, alle notwendigen Planungsvoraussetzungen für die Werkserweiterung zu schaffen und die dafür notwendige Teilaufhebung des geschützten Landschaftsbestandteils vorzubereiten. So wurde es beschlossen.

Die Grünen hatten Bedenken aus ökologischer Sicht, die von unserer Fraktion auch anerkannt wurden. Aber in diesem konkreten Fall gibt es keine alternativen Flächen für die Erweiterung des Werkes, dessen Abwanderung droht. Eine ähnliche Konfliktlinie tut sich beim Thema Wohnbebauung im Landschaftsschutzgebiet Diedrichshäger Land auf. Auch hier lehnen die Grünen aus nachvollziehbaren Gründen etwas ab, ohne sich Gedanken über die Konsequenzen zu machen. Die Bürgerschaft hatte 2025 die WiRo beauftragt, die

Bedingungen für einen Ankauf zu prüfen. Die Linke hatte zugestimmt, damit nicht Bodenspekulanten zugreifen und die Kommune weniger Einfluss auf die weitere Entwicklung hat. Auf Initiative vom Rostocker Bund stand das Thema nun wieder auf der Tagesordnung. Aus Sicht der Grünen kann Rostock mit dem LSG einen wichtigen Beitrag zum Artenschutz leisten. Die dort zu bauenden Luxushäuser in Ostseennähe würden gegen die Wohnungsnot nicht helfen – so auch die Haltung der SPD. Die Linksfraktion blieb bei ihrer Haltung, die Fläche für die Stadt zu sichern; eine Bebauung werde es auf absehbare Zeit ohnehin nicht geben.

Eine Mehrheit fand unser Antrag, kurzfristig Maßnahmen zur besseren Sichtbarmachung gefährlicher Fahrbahnabsätze im Bereich von Straßenbahnhaltstellen zu prüfen. Das ist ja auch keine Frage der Weltanschauung. Anders als beim Thema Mietwucher, dem sich unsere Fraktion annahm und die Einführung eines digitalen Mietwucher-Tools forderte, das Mieter*innen niedrigschwellig ermöglicht zu prüfen, ob ihre Miete ober- oder unterhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete liegt. Die Linke hat in der jüngsten Vergangenheit mit einer entsprechenden App in einigen Großstädten für Furore gesorgt und Mietwucher entlarvt. Auch in Rostock wird unsere Partei diese Möglichkeit bald anbieten. Die Stadt Rostock mit so etwas zu beauftragen, löste in Teilen der Rostocker Stadtpolitik Schockwellen aus. Nurgül Senli legte den Finger in die Wunde: Neuvermietungen sind für Vermieter häufig Gelddruckmaschinen, denn angesichts knappen Wohnraums wird sich schon jemand finden, der den überhöhten Preis zahlt. Aber die Mieter*innen seien dem nicht schutzlos ausgeliefert, so Nurgül, und mit Hilfe der Mietwucher-App könne man die Menschen über ihre Rechte aufklären. Die SPD fand die Idee gut, aber das Wort „Mietwucher“ nicht. Die Grünen, die auch gerne mal vermieten, verwahrten sich gegen einen Generalverdacht gegen alle Vermieter. Die WiRo sei doch so billig, sprang die FDP-Fraktion bei. Die Hansefraktion sprach von einer Verpetzer-App nach AfD-Vorbild; die App würde Vermieter „anscheißen“, so die CDU. Von „ideologischem Getue“ sprach Axel Tolksdorf (Rostocker Bund und Ortsbeiratsvorsitzender in Warnemünde!). Christian Albrecht bemühte sich vergeblich, die Debatte auf ein sachliches Niveau zu heben. Beschlossen wurde schließlich der Änderungsantrag der CDU, zu prüfen, ob man den online verfügbaren qualifizierten Mietspiegel in die künftige Rostock App integrieren könne. Da dies technisch kaum möglich ist, hat die CDU (mit Unterstützung von SPD und Grünen) unsere Idee praktisch beerdigt. Hoffentlich begreifen die deutschen Mieter*innen irgendwann den Spruch:

„Nur die dümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber“.

Rostock ist seit 2020 Mitglied der Initiative „Mayors for Peace“. Eine Idee des Friedensbündnisses, von der Linken in die Bürgerschaft eingebracht. Am 8. Juli wird entsprechend die Flagge am Rathaus gehisst. Das BSW beantragte nun, diese Aktion möglichst öffentlichkeitswirksam aufzuziehen. Weil ja Rostock im Kriegsfall mit Sicherheit ein Ziel für Bomben sein würde, meinte Herr Dittrich vom BSW. So solle er bitte öffentlich nicht reden, ermahnte ihn die Oberbürgermeisterin, weil damit die Ängste und Sorgen vieler Menschen unnötig gesteigert würden. Man kann Eva für diese Intervention nur dankbar sein. Am selben Tag posierte Lajos Orban (früher: Die Linke; jetzt: Parteiausschlussverfahren beim BSW) in einem Zeitungsartikel vor einem Bunker in Rostock. Die Botschaft: Rostock braucht viel mehr davon. Was sind das eigentlich für Menschen, die ihr politisches Süppchen auf der Kriegsangst der Menschen kochen?

Nach fünf Stunden Sitzung dann wieder ein wichtiges kommunalpolitisches Thema: Die Bürgerschaft wurde gebeten, den Weg frei zu machen für eine neue Straßenbahnroute durch Reutershagen. Die SPD sammelt immer noch Unterschriften für eine andere Trasse, Ost- statt West-Route. Ihre Argumente klingen gewichtig, werden aber von der RSAG widerlegt. Ihr Vertagungsantrag wurde abgeschmettert. Christian Albrecht vertraut den Argumenten aus RSAG und Verwaltung und glaubt an das Potenzial der neuen Strecke. So kurz vor der Entscheidung sollte man das Projekt nicht in Frage stellen, wie es sonst in Rostock zu oft der Fall sei. Am Ende machte die Bürgerschaft den Weg frei, auch mit einigen SPD-Stimmen. Nicht locker lässt die SPD beim Thema Wegfall der Haltestelle Neuer Friedhof. Hier werden schon wieder Stimmen gesammelt, diesmal digital.

Nach sechs Stunden Sitzung sollte der Gleichstellungsaktionsplan 2025 bis 2027 (GAP) beschlossen werden. In einigen Beteiligungsformaten waren viele Schritte erarbeitet worden, um folgenden Zielen näher zu kommen:

- ausgewogene Mitwirkung von Frauen und Männern an den Entscheidungsprozessen
- Verbesserung der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen im Erwerbsleben
- gleiche Teilhabe an öffentlichen Ressourcen für Frauen und Männer
- Beseitigung von Geschlechterstereotypen
- Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt

Die Entscheidung über den GAP wurde immer wieder vertagt von jenen Kräften, für die Gleichstellung nur ein schönes Thema für Kulturkampfdebatten ist. Verwaltung

und Initiativen machten Kompromissangebote, es gab unzählige Änderungsanträge – und Ihr ahnt sicher schon, wie es ausgegangen ist. Neben sachlichen Argumenten gegen Details des GAP dominierten bei den Gegner*innen auch grundsätzliche Zweifel daran, dass Frauen auf diese Weise gefördert werden sollten. Die Frauen wollen diese Maßnahmen nicht, meinte Sybille Bachmann. Ideologische Bevormundung und ein Bürokratiemonster witterte die CDU-Fraktionsvorsitzende. Das BSW beklagte Identitätspolitik. Nurgül warb kämpferisch für den GAP. Es sei eine Schande, dass die CDU-Fraktionsvorsitzende den Frauen in Rostock in den Rücken falle. Die Änderungsanträge von CDU und FDP nannte sie „Sabotage im Gewand vermeintlicher Sachlichkeit“. Wer vor den rechten Kräften einknicke und den GAP entkerne, damit er niemanden stört, verweigere jenen Frauen die Hilfe, die darauf angewiesen seien.

Kaum zu glauben, aber die AfD beteiligte sich nicht an der Debatte. Und nun geschah Folgendes: Die AfD lehnte alle Änderungsanträge ab, auch die von FDP und CDU, woraufhin FDP und CDU schließlich die Beschlussvorlage ablehnten, weil es ihnen nicht gelungen war, den GAP zu verwässern. Mit 23 gegen 22 Stimmen (Linke, SPD, Grüne) ging die Gleichstellung baden. *Berichterstatte: Carsten Penzlin*



Statt Armut, **bekämpft** diese **Regierung Arme**

Die Schwächsten werden zum Feindbild gemacht:

- ▶ Leistungsmissbrauch und Untätigkeit wird vorgeworfen
- ▶ Vermittlungsvorrang drückt Menschen in Stellen, die nicht zu ihnen passen
- ▶ Erspartes wird ab Tag eins angegriffen. Was bei den Reichsten nicht geht, funktioniert bei den Schwächsten

Wir stehen für eine **soziale Sicherheit**, **die Menschen schützt statt** sie zu entwürdigen.

immer an deiner Seite
Die Linke

◀ AUS DER BÜRGERSCHAFT

PRESSEMITTEILUNGEN UNSERER FRAKTION

Ein neues Nordlicht für Lichtenhagen: Bürgerbeteiligung verbindlich sichern: Veranstaltungsort, Post und Gewerbe fest einplanen

Zur aktuellen Anfrage zum „Nordlicht“ in Lichtenhagen erklärt das Bürgerschaftsmitglied Toralf Herzer (Fraktion Die Linke): „Die Zukunft des Nordlicht-Standorts muss als Chance begriffen werden: für ein neues Gebäude, das mit echter Bürgerbeteiligung entsteht und einen klaren Mehrwert für Lichtenhagen liefert. Entscheidend ist, dass am Ende nicht ein Projekt entsteht, das am Alltag im Stadtteil vorbeigeht, sondern eine Quartiersmitte, die Gemeinschaft ermöglicht und die Versorgung Lichtenhagens verbessert.“



Mit seiner Anfrage will Herzer klären, wie der aktuelle Sachstand ist, welche Planungen es bereits gibt und wie die Stadt sicherstellt, dass bei einer Neubebauung öffentliche und gemeinwohlorientierte Nutzungen verbindlich berücksichtigt werden. „Lichtenhagen braucht an dieser Stelle nicht nur Wohnraum, sondern vor allem Orte, die den Stadtteil zusammenhalten. Deshalb gehört in die Planung von Anfang an ein neuer Veranstaltungs- und Begegnungsort, gern mit erkennbarem Bezug zum früheren Nordlicht. Und genauso wichtig sind Flächen für eine Postfiliale sowie Gastro und kleinteiliges Gewerbe, die das Quartier im Alltag stärken. Eine Lösung, die am Ende nur aus hochpreisigen Eigentumswohnungen besteht, wäre stadtentwicklungspolitisch die falsche Antwort.“

Die Linksfraktion unterstützt ausdrücklich die Initiative aus dem Stadtteil. Der Verein „Unser Lichtenhagen e. V.“ wirbt mit einem offenen Brief und einer Petition für Transparenz, Beteiligung und eine gemeinwohlorientierte Entwicklung des Standorts. Die Fraktion Die Linke in der Rostocker Bürgerschaft unterstützt diese Petition. Toralf Herzer abschließend: „Jetzt braucht es klare Leitplanken: Transparenz über den Stand der Dinge, verbindliche Beteiligung des Ortsbeirats und der Menschen im Stadtteil und ein Nutzungskonzept, das Lichtenhagen wirklich dient. Unser Ziel ist ein neues Nordlicht als lebendiger Ort, mit Veranstaltungsraum, Post und einer aktiven Erdgeschosszone, die Begegnung und Versorgung zusammen denkt.“

Neue DIW-Studie zur Vermögensteuer: Bis zu rund 140 Millionen Euro pro Jahr für Rostock wären möglich

Zur neuen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) im Auftrag der Fraktion Die Linke im Bundestag zur Wiedereinführung einer Vermögensteuer erklärt der Vorsitzende der Linksfraktion in der Rostocker Bürgerschaft, Christian Albrecht:

„Rostock steckt finanziell in einer ernsten Lage. Die Stadt rechnete für 2026 mit einer Lücke von 76,3 Millionen Euro und für 2027 sogar mit 87,6 Millionen Euro.

Millionen Euro. In Zukunft wird Rostock aus eigener Kraft keinen ausgeglichenen Haushalt aufstellen können. Das ist die Realität, mit der wir in unserer Stadt Politik machen müssen.“

„Gleichzeitig zeigt die neue DIW-Studie, welche Dimension möglich wäre, wenn sehr große Vermögen endlich wieder gerecht besteuert werden. Die Studie untersucht das Vermögensteuer-Konzept der Linken und beziffert das Potenzial auf Einnahmen in einer Größenordnung von rund 100 Milliarden Euro pro Jahr für Länder und Kommunen.“ Albrecht weiter: „Wir haben uns angeschaut, was das im besten Falle für Rostock bedeuten könnte. In den veröffentlichten Materialien wird für Mecklenburg-Vorpommern ein Plus von 1,7 Milliarden Euro pro Jahr genannt. Wenn davon ein großer Anteil tatsächlich bei den Kommunen ankommt, zum Beispiel 60 Prozent, und man Rostocks Anteil vereinfacht nach Einwohnerzahl berechnet, dann läge Rostock bei bis zu rund 140 Millionen Euro zusätzlich pro Jahr.“

„Das wäre ein echter Befreiungsschlag. Damit könnten wir die jährlichen Haushaltslöcher nicht nur stopfen, sondern endlich wieder gestalten: Schulen und Sporthallen weiter sanieren, den Nahverkehr stärken, den sozialen Zusammenhalt absichern und Investitionen in Klimaschutz und Infrastruktur voranbringen. Vor allem würde das den ständigen finanzielle Druck entschärfen, der gerade überall spürbar ist“, so Albrecht.

Abschließend erklärt Albrecht: „Die Botschaft ist klar. Es gibt einen Weg aus der kommunalen Finanzmisere, der Rostock auf einen Schlag schuldenfrei machen könnte, ganz ohne Kürzungen oder Massenentlassungen.“



Bereits 2025 musste die Verwaltung eine Haushaltssperre verhängen. Am Ende stand trotzdem ein Fehlbetrag von 37,8



FRAUENTAG

Blumen sind nicht genug - Gleichstellung braucht politische Konsequenzen

Zum 8. März, dem Internationalen Frauentag, erklärt Nurgül Senli, stellvertretende Landesvorsitzende der Linken Mecklenburg-Vorpommern:

„Der Internationale Frauentag ist kein Anlass für bloße Gesten. Er macht sichtbar, was für viele Frauen und FLINTA* Personen im Alltag Realität ist: Überlastung durch Erwerbsarbeit, unbezahlte Sorgearbeit und mangelnde gesellschaftliche Anerkennung.

Auch 2026 gilt: Zwischen Job, Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen, Partnerschaft und dem Wunsch nach eigener Zeit bleibt für viele kaum Raum zum Durchatmen. Besonders unbezahlte Sorgearbeit wird noch immer überwiegend von Frauen und FLINTA* Personen geleistet. Oft bleibt sie unsichtbar und wird viel zu selbstverständlich erwartet. Blumen verwelken. Ungleichheit nicht. Der 8. März erinnert uns daran, dass Gleichstellung keine Selbstverständlichkeit ist, sondern politisch erkämpft wurde und weiterhin erkämpft werden muss.

Die Linke hat in Mecklenburg-Vorpommern wichtige Schritte durchgesetzt. Der 8. März ist gesetzlicher Feiertag, Interventionsstellen gegen häusliche Gewalt wurden gestärkt und eine Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul Konvention geschaffen. Doch klar ist: Das reicht noch nicht. Gleichzeitig erleben wir, dass rechtsextreme und konservative Kräfte versuchen, feministische Errungenschaften zurückzudrängen, Gleichstellungspoli-

tik zu schwächen und bestehende Strukturen auszuhöhlen. Nur wenige Tage vor dem Frauentag hat der rechte Block in der Rostocker Bürgerschaft den Gleichstellungsaktionsplan verhindert. Auch in Greifswald haben rechte Kräfte in dieser Woche erneut die Beschlussfassung zu einer Satzung für einen Frauenbeirat blockiert.

Für uns ist klar: Gleichstellungspolitik muss verteidigt und weiterentwickelt werden. In Parlamenten, in der Gesellschaft und auf der Straße. Die Kämpfe für soziale Gerechtigkeit, gute Arbeit und echte Gleichstellung gehören zusammen und enden nicht am 8. März.

Der 8. März ist ein Tag der Sichtbarkeit. Der Rest des Jahres ist der Auftrag.“

In MV konnten wir wichtige Akzente setzen:

- Der 8. März wurde zum gesetzlichen Feiertag
- Interventionsstellen gegen häusliche Gewalt gestärkt
- Schaffung einer Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention

Blumen verwelken. Ungleichheit nicht. **Wir verdienen es, das ganze Jahr mitzureden!**

Nurgül Senli
stlv. Landesvorsitzende

Die Linke
Mecklenburg-Vorpommern

TERMINE

WANN?

18. bis 31. März

Mi., 18.3., 17.30 Uhr

Do., 26.3., 19.30 Uhr

Do., 9.4., 19.00 Uhr

Sa., 11.4., 19.00 Uhr

WAS?

RLS: Ausstellung „Anders Wohnen, besser Leben“

RLS: „Die Rostocker Sozietät 1794 bis 1934“ Vortrag

Gründung der AG Antifaschismus
RLS: „Sind wir noch zu retten? Auswirkungen unseres Lebensmittelkonsums auf unseren globalen Süden“

RLS: „Der Westen hat keine Ahnung, was im Osten passiert“ Lesung und Gespräch mit Jakob Springfeld

WO?

Foyer Rathaus Rostock

AWO Club Südstadt
Südring 28b

Geschäftsstelle Rostock
Peter Weiss Haus

Ausführliche Informationen zu Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung findet Ihr im Netz auf mv.rosalux.de

IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Domstr. 5, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin
Layout: Carsten Penzlin
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Spendenkonten der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE13130500000201167352
BIC: NOLADE21ROS
Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE5113050000430002084
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock

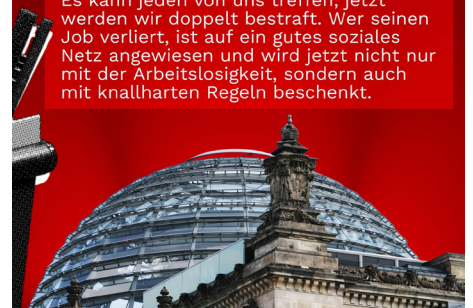
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

Bundestag schickt Bürgergeld in den Ruhestand

Die neue Grundsicherung kommt. Das Bürgergeld wird abgeschafft und durch eine neue Grundsicherung ersetzt. **Härtere Regeln, mehr Sanktionen, mehr Druck.**

Es kann jeden von uns treffen, jetzt werden wir doppelt bestraft. Wer seinen Job verliert, ist auf ein gutes soziales Netz angewiesen und wird jetzt nicht nur mit der Arbeitslosigkeit, sondern auch mit knallharten Regeln beschenkt.



AUS DEM LANDESVERBAND

Linke MV gegen pauschale Social-Media-Verbote – wirksamer Schutz statt Symbolpolitik

Der Landesvorstand der Linken in Mecklenburg-Vorpommern hat sich in seiner heutigen Sitzung klar gegen ein pauschales Social-Media-Verbot für Kinder und Jugendliche ausgesprochen. Statt Verbotsdebatten setzt Die Linke auf konsequenten Jugendmedienschutz, Medienkompetenz und eine verbindliche Regulierung der Plattformbetreiber. Dazu erklärt der Landesvorsitzende der Linken in MV, Hennis Herbst:

„Kinder und Jugendliche müssen wirksam vor schädlichen Inhalten, Cybermobbing, manipulativen Designmechanismen und datengetriebenen Geschäftsmodellen geschützt werden. Ein pauschales Verbot, wie es SPD und CDU für unter 14-Jährige fordern, ist jedoch kurzsichtig und löst keines der strukturellen Probleme. Es verschiebt Risiken lediglich in ein späteres Alter, statt sie zu beseitigen.

Zudem bleibt völlig offen, wie mit problematischen Inhalten, Gruppendruck und Cybermobbing in **Messenger-Diensten** wie WhatsApp usw. umgegangen werden soll, wo die gleichen Dynamiken wirken. Wer Social-Media pauschal verbietet, blendet die **digitale Lebensrealität** junger Menschen aus. Für viele sind diese Plattformen zentrale Informations-, Kommunikations- und Teilhaberräume. Ein Verbot würde daher vor allem Mediennutzung und **gesellschaftliche Teilhabe** einschränken – nicht die Gefahren beseitigen.

Hinzu kommt: Verbindliche Alterskontrollen laufen faktisch auf umfassende **Identitätsprüfungen** hinaus. Das würde eine massive Datensammlung und neue Datenschutzrisiken für alle Nutzer*innen bedeuten – ein **unverhältnismäßiger Eingriff** ohne nachgewiesenen Schutzgewinn.

Statt **Symbolpolitik** brauchen wir wirksame Maßnahmen: eine systematische Stärkung der Medienkompetenz von Kin-



dern, Jugendlichen und Eltern durch Medienbildung in Schulen, Jugendhilfe und außerschulischen Angeboten. Gleichzeitig müssen die großen **Plattformkonzerne** endlich in die Pflicht genommen werden: mehr Transparenz bei Algorithmen, klare Begrenzung suchverstärkender Funktionen sowie konsequenter Datenschutz und Datensparsamkeit für Minderjährige. Bestehende Regeln wie der **Digital Services Act** müssen endlich durchgesetzt werden. Kinder- und Jugendschutz darf nicht auf individuelle Verantwortung abgeschoben werden, während Konzerne weiterhin von riskanten und auf maximale Aufmerksamkeit ausgelegten Designentscheidungen profitieren. Wirksamer Schutz entsteht durch **Regulierung der Plattformen** und Stärkung der Nutzer*innen – nicht durch pauschale Verbote.“

Up un Dal



Gewinnerin: Monique Tannhäuser. Unsere Rostocker Genossin ist die neue Gleichstellungsbeauftragte des Landes.

Verlierer: Kulturstaatsminister Wolfram Weimer benutzt sein Amt, um einen Kulturkampf gegen linke Buchhandlungen zu entfachen. Dabei gerne behilflich: der Verfassungsschutz. Schützt er noch das Grundgesetz?

ZAHL DES MONATS

M-V stehen gemäß Sondervermögen des Bundes insgesamt 1,92 Mrd. Euro zur Verfügung. Der so genannte MV-Plan sieht vor, dass 1,2 Mrd. Euro den Kommunen zugeteilt werden. Das Land M-V „behält“ 718 Mio. Euro für Investitionen des Landes.



In tiefer Trauer verabschieden wir uns von unserem Gründungsmitglied und Präsidenten

Uwe Süßmilch

* 17.03.1935 † 27.02.2026

Wir bedanken uns bei einem wunderbaren Menschen für seinen jahrzehntelangen Einsatz für die plattdeutsche Sprache und das kulturelle Leben in Rostock und Mecklenburg-Vorpommern.



Lieber Uwe, wir werden Dein Andenken immer in Ehren halten! Plattdöötsch läwt!

Die Maaten des Plattdöötsch-Vereins
„Klönsnack Rostocker 7“ e.V.